

e Egoismus»

gen und spendablen Personen steckt.

Georg von Schnurbein forscht schon seit Jahren zu Fragen des Stiftungswesens und über Non-Profit-Organisationen.

Bild: Juri Junkov (Basel, 17.12.2020)

Zur Person

Georg von Schnurbein (43) ist Associate Professor für Stiftungsmanagement und Direktor des Center for Philanthropy Studies (CEPS) der Universität Basel, das von SwissFoundations, dem Verband der Schweizer Förderstiftungen, initiiert wurde. Zuvor arbeitete der gebürtige Deutsche von 2001 bis 2007 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Verbandsmanagement Institut (VMI) der Universität Fribourg. Er studierte Betriebswirtschaftslehre mit Nebenfach Politikwissenschaften an den Universitäten Bamberg, Fribourg und Bern. Georg von Schnurbein ist Verfasser zahlreicher Publikationen zu Themen wie Stiftungswesen, Governance, Non-Profit-Management und Marketing. (bz)

Ist die Tatsache, dass das Naturhistorische Museum staatlich finanziert wird das Ergebnis von zwölf Jahren links-grüner Regierung? Eine Reaktion auf die eher dem bürgerlichen Lager zugehörigen Mäzene?

Einerseits würde ich zustimmen: Etatisen mögen die Philanthropie nicht. Andererseits ist die Philanthropie keineswegs nur bürgerlich geprägt. Es gibt viele Stiftungen wie beispielsweise die Habitat, die keineswegs Auswüchse bürgerlicher Politik sind. Und mit Blick auf die USA sehen wir zwar eine starke, konservative Philanthropie, aber eben auch eine genauso finanzkräftige aus dem linken Lager. Aber zum konkreten Beispiel des Naturmuseums: Es ist natürlich auch einfacher für den Staat, ein solches aus einer Hand zu planen, ohne Rücksicht auf Wünsche anderer Geldgeber nehmen zu müssen.

Mittlerweile gibt es ja auch Beratungsformate für Menschen, die Stiftungen gründen wollen. Wie bestimmen Stiftungen ihren Zweck? Braucht es da neue Ideen?

Ja, gerade weil sich die Gesellschaft immer weiterentwickelt. Wir haben vor zehn Jahren eine Analyse für eine Stiftung gemacht, die andere Stiftungen im Bereich Migration suchte. Wir fanden damals keine einzige weitere Stiftung mit diesem Zweck. Mittlerweile gibt es viele Stiftungen zum Thema Migration. Allgemein kann man sagen, dass sich Stiftungen heute sehr stark nach aktu-

ellen Trends und Themen orientieren, wie beispielsweise zur Flüchtlingskrise oder zum Klimawandel.

Sind die Stiftungen politischer geworden?

Sicher. Das war ja gerade ein Thema bei der Konzerninitiative. Es stellt sich die Frage, wie weit sich der gemeinnützige Sektor in die politische Debatte einbringen darf. In diesem Sinne sind die Philanthropie und das Stiftungswesen immer auch ein Abbild der Gesellschaft. Deshalb habe ich ein Problem, wenn gesagt wird, dieser Bereich sei undemokratisch. Philanthropie entsteht immer aus der Gesellschaft heraus.

Nehmen die Stiftungen die Gesellschaftsthemen vorweg oder nehmen sie diese auf?

Sie treiben sie mit an. Der Staat ist da immer langsamer. Es sind die privaten Akteure, die zuerst Impulse setzen, und die brauchen privates Geld. Nehmen wir die Friedens- oder die Umweltbewegung oder das IKRK: Das waren zu Beginn immer private Akteure mit privater Förderung. Der Staat kam immer hinterher. Oder nehmen wir als Beispiel den WWF, 1961 gegründet. Bis es das erste Amt für Umwelt gab, wurde es 1981. Aber der WWF könnte nie im selben Masse Umweltstandards durchsetzen, wie es der Staat kann.

Also sind Stiftungen auch Innovationstreiber?

Ja, aber sie sind natürlich auf Akteure angewiesen. Es hilft ja nichts, wenn sie Geld und eine Idee haben ohne Menschen, welche diese umsetzen. Umgekehrt braucht eine soziale Bewegung irgendwann Geld, um Strukturen aufzubauen. Aber damit ein Thema wirklich breit in der Gesellschaft verankert wird, muss es vom Staat aufgegriffen werden. In diesem Sinne können sich Staat und Philanthropie sehr gut ergänzen, wenn klar ist, was die jeweilige Seite leisten kann. Dazu braucht es Austausch.

Welchen Einfluss haben Grossstiftungen wie die CMS in Basel?

Die Stiftung hat ein Budget von 20 Millionen Franken. Damit deckt sie verschiedenste Bereiche ab. Alleine das Kulturbudget der Stadt beträgt 120 Millionen. Die CMS wird also nie den Kanton übernehmen!

Aber sie macht gutes Marketing.

Das ist etwas anderes. Wir nennen das Hebelwirkung und versuchen, das auch zu vermitteln: Wie kann eine Stiftung möglichst viel Wirkung pro eingesetztem Franken erzielen? Die aktuellen Ansätze der Philanthropie gehen in diese Richtung.

Was sind aus Ihrer Sicht besonders interessante oder zukunftssträchtige Stiftungsprojekte in Basel?

Bemerkenswert ist sicher die Edith-Maryon-Stiftung, die klein angefangen hat und heute ein Sozialunternehmen mit vielen verschiedenen Aspekten darstellt. Und was die Philanthropie in Basel immer wieder auf ein höheres Level hebt, ist das Engagement der Familien Oeri und Hoffmann. Diese beiden Familien haben für Basel schon unheimlich viel gemacht. Und das immer mit einer besonderen Exzellenz.

Das heisst, Sie sind mit Ihrem Fachgebiet am richtigen Ort?

Ich fühl mich hier wohl, ja!

«Riehen will keine Luxussanierung»

Innert zehn Tagen sammelte die SVP über 1400 Unterschriften gegen Pflästerlibelag.

Tobias Gfeller

500 Unterschriften wären nötig gewesen, über 1400 Unterschriften kamen ohne Standaktion über die Festtage zusammen. Gestern konnten sie der Gemeinde Riehen überreicht werden. SVP-Einwohnerat und Parteivizepräsident Bernhard Rungger ist von der «überwältigen Anzahl Unterschriften», aber nicht vom Zustandekommen des Referendums überrascht. «Das Riehener Volk will diese Luxussanierung einfach nicht.»

Die bloss Sanierung der Rössligasse sei bitter nötig. Das sehe auch die SVP so, versichert Rungger. Die vom Einwohnerat Ende November beschlossene Neugestaltung mit einer Pflästerung im Eingangsbereich von der Baslerstrasse her sei aber unnötig und zu teuer. Eine Mehrheit aus SP, Grüne, EVP, CVP und GLP votierte für die Variante Pflästerung für 2,33 Millionen Franken, für die sich auch der Gemeinderat und die zuständige Sachkommission starkmachten. FDP, LDP und SVP setzten sich für die gut 400 000 Franken günstigere Variante ohne Pflästerung ein.

Drei Wochen nach diesem Entscheid diskutierte der Einwohnerat über die Gemeindefinanzen und musste dabei düstere Zukunftsaussichten mit tiefen Zahlen zur Kenntnis nehmen. Für Bernhard Rungger ist deshalb klar. «Wir müssen mit dem Geld haushälterischer umgehen und auf solche Luxusprojekte verzichten.» Die Rössligasse sei keine Flaniermeile, sondern in erster Linie eine Zufahrts- und Durchfahrtsstrasse. Dem widerspricht CVP-Fraktionspräsidentin Priska Keller, die mit ihrer Partei das Zünglein an der Waage spielte. «Es hat auch in der Rössligasse Läden.

Klar, die Baustelle wird für sie mühsam. Aber die gibt es sowieso auch ohne Pflästerung, weil die Rössligasse auf jeden Fall saniert werden muss.»

Wird die Pflästerung «durchgestiert»?

Der Gemeinderat und die Einwohnerratsmehrheit müssen sich dabei den Vorwurf der Sturheit gefallen lassen. Denn bereits im Juni 2018 sagte die Riehener Stimmbevölkerung Nein zu einer fast identischen Vorlage zur Sanierung und Neugestaltung der Rössligasse. Bereits damals ergriff die SVP das Referendum. Der Hauptkritikpunkt lautete damals: die Pflästerung. Bernhard Rungger wirft dem Gemeinderat und der Einwohnerratsmehrheit deshalb vor, die Pflästerung «durchstieren» zu wollen.

Für Priska Keller ist die Pflästerung aber eine Investition in die Zukunft. Die Aufwertung «des ganzen Dorfkerns» sei der CVP das Geld wert. Und die Kritik der SVP, die Pflästerung sei für Personen mit Kinderwagen, in Rollstühlen oder an Rollatoren mühsam, kann die CVP-Fraktionspräsidentin nur bedingt nachvollziehen. «Ich habe eine Freundin, die im Rollstuhl sitzt. Sie sagte mir, dass sie gut über den Dorfkern komme.» Zudem habe die Gemeinde aus Fehlern der Vergangenheit gelernt und nehme für die Rössligasse abgeschliffene Pflastersteine.

Für Priska Keller ist die Neugestaltung der Rössligasse die Fortführung der 2014 begonnenen Aufwertung des Riehener Dorfkerns. Es sei damals klar kommuniziert worden, dass die Rössligasse später nach dem gleichen Muster neugestaltet werden soll. Damit solle im Dorfkern ein einheitliches Bild entstehen.

Nachrichten

Brand am Petersgraben beschädigt Wohnung

In einem Mehrfamilienhaus am Petersgraben in Basel hat es in der Nacht auf Montag gebrannt. Ein 79-jähriger Mieter musste wegen Verdachts auf Rauchgasvergiftung in die Notfallstation eingewiesen werden. Ausgebrochen war der Brand in der Einzimmerwohnung des Rentners. Dieser begab sich um 2.15 Uhr ins Treppenhaus und rief um Hilfe, wie die Staatsanwaltschaft gestern mitteilte. Ein Nachbar stellte in der Folge fest, dass ein Tisch brannte. Dem Nachbarn gelang es, den Brand mit mehreren Eimern Wasser noch vor dem Eintreffen der Feuerwehr zu löschen. Diese musste die Liegenschaft anschliessend lüften. Die Wohnung wurde stark beschädigt. Laut Behörden wurde der Brand möglicherweise durch eine Kerze verursacht. Weitere Ermittlungen sind im Gang. (sda)

29 Personen an Aktion «Noël» festgenommen

Im Kampf gegen Langfinger hat die Kantonspolizei Basel-Stadt in der Vorweihnachtszeit 63 Personen kontrolliert. Von diesen wurden im Rahmen der Aktion «Noël» 25 Männer und vier Frauen festgenommen. Die Festnahmen erfolgten im Auftrag der Staatsanwaltschaft unter anderem wegen Verdachts auf Laden-, Taschen- und Trickdiebstähle, wie das Justiz- und Sicherheitsdepartement am Montag mitteilte. 15 Personen stammen gemäss Mitteilung aus Rumänien, sieben aus Algerien und je zwei aus Albanien und Marokko. Festgenommen wurden zudem je eine Person aus Georgien, Estland und der Schweiz. In den Jahren 2016 bis 2019 waren im Zuge der Aktion Noël jeweils zwischen 47 und 120 Personen kontrolliert worden, zwischen 16 und 36 wurden festgenommen. (sda)

«Die Abstimmung im Mai über das Ozeanium gab mir schon zu denken.»

Wie meinen Sie das genau?

Es existieren auf beiden Seiten Vorurteile: Der Staat ist langsam und bürokratisch. Stiftungen machen, was sie wollen, sprechen Anschubfinanzierungen und dann muss der Staat übernehmen. Das sind die bestehenden Klischees. Dabei könnten wir die Vorteile beider Seiten zum Wohle der Gesellschaft nutzen. Die Abstimmung im Mai gab mir schon zu denken: Dass das vor allem privat getriebene Ozeanium dem staatlich finanzierten Naturmuseum gegenübergestellt wurde, fand ich sehr unglücklich.

Der Neubau des Kunstmuseums ist ja auch ein Beispiel des schwierigen Zusammenspiels. Frau Oeri spendet zwar 50 Millionen, am Ende reden aber alle über die fehlenden Betriebskosten.

Da ist sicher vieles schlecht gelaufen. Auch deshalb, weil man davon ausgegangen ist, dass die höheren Betriebskosten privat finanziert würden. Dabei gilt in der Schweiz ja eigentlich die Regel, dass der Staat den Betrieb garantieren muss.

Gibt es eine Institution, die zwischen den beiden Sphären vermittelt?

Unser Institut versucht da schon mitzuwirken. Es gibt den Verein Stiftungsstadt Basel, der seit eineinhalb Jahren versucht, mit dem Präsidentsdepartement einen regelmässigen Austausch aufzubauen. Aber das ist auch nicht ganz einfach. Auf der einen Seite haben sie den Staat mit klaren Strukturen und auf der anderen eine Vielzahl unterschiedlichster Akteure, die man nicht alle über einen Leisten schlagen kann. Wir versuchen, all dem eine Sichtbarkeit zu geben, damit das Verständnis verbessert wird.